

NEIN

ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

20 ARGUMENTE, GEGENARGUMENTE UND REPLIKEN

SVP SCHWEIZ – FÜR EINE FREIE UND UNABHÄNGIGE SCHWEIZ

EINLEITUNG – WORUM GEHT ES?

DER BUNDESRAT WILL DIE SCHWEIZ DER EU AUSLIEFERN

Das sogenannte "Paket Schweiz-EU" ist in Wahrheit ein

UNTERWERFUNGSVERTRAG, der unsere Unabhängigkeit gefährdet.

Dieses Argumentarium zeigt die Wahrheit hinter den Schönfärbereien der EU-Turbos.

- ✗ Automatische Übernahme von EU-Recht
- ✗ Fremde Richter entscheiden bei Streitfällen
- ✗ Milliardenzahlungen ohne Gegenleistung
- ✗ Noch mehr Zuwanderung in Sozialwerke
- ✗ Aushöhlung der direkten Demokratie



SVP-ARGUMENT

Die Schweiz muss in wichtigen Bereichen automatisch EU-Recht übernehmen. Dies stellt einen erheblichen Eingriff in die schweizerische Souveränität dar.



KONKRETES BEISPIEL

Die EU-Waffenrichtlinie (2017/853) musste von der Schweiz übernommen werden, obwohl sie die Schweizer Schiesstradition gefährdete. Das Volk stimmte 2019 nur unter dem Druck des Schengen-Ausschlusses zu.



GEGENARGUMENT

Die dynamische Rechtsübernahme ist auf eine begrenzte Anzahl von Abkommen beschränkt. Die Schweiz behält die Kontrolle und kann über jede Übernahme per Referendum entscheiden.



SVP-REPLIK

Die Möglichkeit der EU, bei Nichtübernahme von Rechtsentwicklungen "Ausgleichsmassnahmen" zu ergreifen, schafft eine **asymmetrische Beziehung**.



BELEG

Bei Nichtübernahme der Waffenrichtlinie drohte die EU mit der Kündigung des Schengen-Abkommens – ein Muster, das sich mit dem neuen Vertrag institutionalisiert.



SVP-ARGUMENT

Bei Streitfällen entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH), was einem Diktat fremder Richter gleichkommt.



KONKRETES BEISPIEL

Im Fall "Metock" (C-127/08) entschied der EuGH 2008, dass Drittstaatsangehörige, die mit EU-Bürgern verheiratet sind, automatisch ein Aufenthaltsrecht erhalten – unabhängig von nationalen Einwanderungsregeln.



GEGENARGUMENT

Ein paritätisches Schiedsgericht entscheidet. Der EuGH wird nur konsultiert, was die Rechtssicherheit verbessert.



SVP-REPLIK

Das Schiedsgericht ist in seiner Funktion eingeschränkt, da es bei der Auslegung von EU-Recht zwingend den EuGH anrufen muss und an dessen Urteil gebunden ist.



BELEG

Artikel 10 des Abkommens sieht vor, dass das Schiedsgericht bei Fragen zur Auslegung von EU-Recht den EuGH anrufen muss und dessen Urteil "verbindlich" ist.



SVP-ARGUMENT

Der Vertrag führt zu einer unkontrollierten Ausweitung der Zuwanderung in die Schweiz und ihre Sozialsysteme.



KONKRETES BEISPIEL

Die Nettozuwanderung in die Schweiz betrug 2023 rund 99'000 Personen – der höchste Wert seit 2008. Die Bevölkerung wuchs auf über 9 Millionen.



GEGENARGUMENT

Die Zuwanderung bleibt arbeitsmarktorientiert. Eine Schutzklausel erlaubt eine vorübergehende Beschränkung.



SVP-REPLIK

Die Schutzklausel ist an derart hohe quantitative und qualitative Hürden geknüpft, dass ihre praktische Anwendbarkeit stark eingeschränkt ist.



BELEG

Die Schutzklausel kann nur aktiviert werden, wenn die Zuwanderung "aussergewöhnlich hoch" ist UND "schwerwiegende wirtschaftliche oder soziale Schwierigkeiten" nachgewiesen werden – zwei kumulative Bedingungen.



SVP-ARGUMENT

Der bewährte Schweizer Lohnschutz wird durch die Anpassung an EU-Vorgaben ausgehöhlt.



KONKRETES BEISPIEL

Die Voranmeldefrist für entsandte Arbeitnehmer wird von 8 auf 4 Tage reduziert. Dies entspricht einer Halbierung der Kontrollvorbereitungszeit für die paritätischen Kommissionen.



GEGENARGUMENT

Der Lohnschutz ist gesichert und wird von der EU erstmals anerkannt. Wichtige Elemente wie die 4-Tage-Voranmeldefrist bleiben.



SVP-REPLIK

Die Reduktion der Voranmeldefrist von acht auf vier Tage sowie die Einschränkung der Kautionspflicht schwächen die **präventive Wirkung** der flankierenden Massnahmen.



BELEG

Die Gewerkschaft Unia warnte: "4 Tage reichen nicht aus, um Kontrollen auf Baustellen vorzubereiten." Laut SECO wurden 2023 bei 40'000 Kontrollen 8% Verstösse festgestellt.



SVP-ARGUMENT

Die Schweiz verpflichtet sich zu regelmässigen, hohen Zahlungen an die EU ohne garantierte Gegenleistung.



KONKRETES BEISPIEL

Der Kohäsionsbeitrag steigt von 130 Mio. CHF/Jahr auf 350 Mio. CHF/Jahr ab 2030. Ab 2037 kann die EU den Betrag einseitig neu festlegen.



GEGENARGUMENT

Der Beitrag ist im Vergleich zum Nutzen des Binnenmarktzugangs gering und fördert die Stabilität in Europa.



SVP-REPLIK

Neben den direkten Kohäsionszahlungen sind die **indirekten Kosten** durch administrative Mehrbelastungen und die Implementierung von EU-Regulierungen zu berücksichtigen.



BELEG

Die Gesamtkosten (direkt + indirekt) werden auf mindestens 1,4 Milliarden CHF jährlich geschätzt. Das Vertragsdossier umfasst 2228 Seiten plus 20'897 Seiten Verordnungstexte.



SVP-ARGUMENT

Die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) führt zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme.



KONKRETES BEISPIEL

Gemäss UBRL erhalten EU-Bürger nach 5 Jahren Aufenthalt ein Daueraufenthaltsrecht – unabhängig von Erwerbstätigkeit. Dies gilt auch für Familienangehörige.



GEGENARGUMENT

Es gibt wichtige Ausnahmen; das Daueraufenthaltsrecht gilt nur für Erwerbstätige.



SVP-REPLIK

Die vorgesehene teilweise Übernahme der UBRL erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten auf Sozialleistungen. Dies erhöht die **Belastung für die Sozialwerke.**



BELEG

In Deutschland stiegen die Ausgaben für Sozialhilfe an EU-Ausländer zwischen 2010 und 2020 um über 200%. Die Schweiz hat keine vergleichbaren Schutzklauseln ausgehandelt.



SVP-ARGUMENT

Das Stromabkommen gefährdet die Versorgungssicherheit der Schweiz und führt zu höheren Preisen.



KONKRETES BEISPIEL

Die Schweizer Wasserkraftreserven (ca. 8,8 TWh Speicherkapazität) sind strategische Ressourcen. Mit dem Stromabkommen erhält die EU Mitsprache bei deren Bewirtschaftung.



GEGENARGUMENT

Das Abkommen stärkt die Netzstabilität und ermöglicht erhebliche Einsparungen.



SVP-REPLIK

Die Integration in den EU-Strommarkt untergräbt die nationale Kontrolle über **strategische Energieressourcen**. Die Schweiz riskiert, im Krisenfall ihre Versorgungsautonomie zu verlieren.



BELEG

Im Winter 2022/23 musste die Schweiz trotz eigener Reserven Strom importieren, da EU-Regeln den Export priorisierten. Ein Stromabkommen würde diese Abhängigkeit institutionalisieren.



SVP-ARGUMENT

Hohe Schweizer Standards in Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit werden gefährdet.



KONKRETES BEISPIEL

Künftig müssten sogar Feldküchen und Grillstände EU-zertifiziert werden, wenn sie Lebensmittel verkaufen.



GEGENARGUMENT

Die Agrarpolitik bleibt eigenständig und ist von der dynamischen Rechtsübernahme ausgenommen.



SVP-REPLIK

Das Abkommen zur Lebensmittelsicherheit (Veterinärabkommen) unterliegt der dynamischen Rechtsübernahme. Dies führt zu einem **Anpassungsdruck** an EU-Vorschriften.



BELEG

Die EU-Verordnung 2019/6 über Tierarzneimittel umfasst allein 167 Seiten und müsste übernommen werden.



SVP-ARGUMENT

Volksentscheide, die der EU nicht passen, können mit Strafmassnahmen belegt werden, was die Demokratie aushöhlt.



KONKRETES BEISPIEL

Bei der Masseneinwanderungsinitiative (2014) drohte die EU mit dem Ende der Bilateralen, falls die Schweiz die Personenfreizügigkeit einschränkt. Das Parlament verwässerte daraufhin den Volksentscheid.



GEGENARGUMENT

Das Referendumsrecht bleibt unangetastet; das Volk hat immer das letzte Wort.



SVP-REPLIK

Die Androhung von Ausgleichsmassnahmen bei einer demokratischen Ablehnung von EU-Recht schafft eine **politische Zwangslage**.



BELEG

Artikel 14 des Abkommens erlaubt "Ausgleichsmassnahmen" bei Nichtübernahme von EU-Recht – eine institutionalisierte Drohkulisse gegen demokratische Entscheide.



SVP-ARGUMENT

Der Service Public im Bahnverkehr wird durch die Liberalisierung geschwächt.



KONKRETES BEISPIEL

In Deutschland führte die Bahnliberalisierung zu Flixbahn auf profitablen Strecken, während die Deutsche Bahn defizitäre Regionalstrecken bedienen muss. Das Ergebnis: Verspätungen, Ausfälle, Infrastrukturverfall.



GEGENARGUMENT

Nur der internationale Personenverkehr wird geöffnet, der Service Public im Inland ist nicht betroffen.



SVP-REPLIK

Die Öffnung des internationalen Personenverkehrs für ausländische Anbieter ermöglicht diesen, sich auf die profitabelsten Strecken zu konzentrieren ("**Rosinenpickerei**").



BELEG

Der integrale Taktfahrplan der SBB basiert auf Querfinanzierung. Die Öffnung der Strecke Zürich-München für ausländische Anbieter gefährdet dieses Modell.



SVP-ARGUMENT

Der Vertrag führt zu einer massiven Zunahme an Bürokratie für Schweizer Unternehmen.



KONKRETES BEISPIEL

Das EU-Vertragsdossier umfasst 2228 Seiten Vertragstext plus 20'897 Seiten Verordnungen. "Wer nur schon das Dossier durchlesen will, braucht 14 Arbeitstage."



GEGENARGUMENT

Einheitliche Regeln reduzieren den administrativen Aufwand für exportierende Unternehmen.



SVP-REPLIK

Die Übernahme des EU-Acquis führt zu einer **Nettozunahme an Regulierungen**, insbesondere für KMU, die primär auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind.



BELEG

307 Verordnungen werden im Vertrag benannt, davon 90% aus der EU. KMU ohne Exportgeschäft müssen diese trotzdem einhalten.



SVP-ARGUMENT

Die EU erhält ein Mitspracherecht in der Schweizer Gesundheitspolitik.



KONKRETES BEISPIEL

Während der Covid-Pandemie verhängte die EU Exportverbote für Impfstoffe und medizinische Ausrüstung. Die Schweiz war als Nicht-EU-Staat benachteiligt.



GEGENARGUMENT

Die Zusammenarbeit verbessert die Krisenprävention und sichert den Zugang zu medizinischen Produkten.



SVP-REPLIK

Die Anbindung an EU-Gremien und -Regulierungen im Gesundheitsbereich schränkt die **nationale Autonomie** bei gesundheitspolitischen Entscheidungen ein.



BELEG

Die EU könnte künftig "Massnahmen in Krisensituationen diktieren" – etwa Impfpflichten oder Grenzschiessungen.



SVP-ARGUMENT

Das MRA zwingt die Schweiz zur Übernahme von EU-Normen, auch wenn diese unvorteilhaft sind.



KONKRETES BEISPIEL

Die EU hat 2021 die Aktualisierung des MRA für Medizinprodukte blockiert, was Schweizer Exporteure zu Doppelzertifizierungen zwang – Mehrkosten von geschätzt 100 Mio. CHF/Jahr.



GEGENARGUMENT

Die Aktualisierung des MRA ist für die Exportindustrie essenziell, um Handelshemmnisse zu vermeiden.



SVP-REPLIK

Die bisherige Praxis des autonomen Nachvollzugs von EU-Normen hat sich bewährt. Eine vertragliche Verpflichtung zur dynamischen Rechtsübernahme ist **nicht notwendig**.



BELEG

Der autonome Nachvollzug funktionierte jahrzehntelang. Eine vertragliche Verpflichtung schafft Abhängigkeit ohne Mehrwert.



SVP-ARGUMENT

Der Bundesrat hat den Vertrag intransparent und ohne Einbezug der Öffentlichkeit verhandelt.



KONKRETES BEISPIEL

Der Bundesrat entschied am 20. Dezember 2024 über den Vertrag, obwohl er "den Vertragsinhalt nie selber eingesehen" hatte – nur eine Zusammenfassung.



GEGENARGUMENT

Verhandlungen erfordern Vertraulichkeit. Eine breite Vernehmlassung hat stattgefunden.



SVP-REPLIK

Die Verhandlungen wurden über Jahre unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die nachträgliche Vernehmlassung konnte die **grundsätzliche Stossrichtung** nicht mehr beeinflussen.



BELEG

Die vollständigen Vertragsdokumente wurden erst am 13. Juni 2025 veröffentlicht – sechs Monate nach der Ankündigung des "erfolgreichen Abschlusses".



SVP-ARGUMENT

Der Bundesrat will das Ständemehr umgehen, um den Widerstand der Kantone zu brechen.



KONKRETES BEISPIEL

Der EWR-Beitritt scheiterte 1992 am Ständemehr (16,5 Kantone dagegen). Der EU-Vertrag hat vergleichbare Tragweite, soll aber ohne Ständemehr beschlossen werden.



GEGENARGUMENT

Das fakultative Referendum ist das verfassungsrechtlich korrekte Instrument.



SVP-REPLIK

Angesichts der weitreichenden Übertragung von Souveränitätsrechten ist eine Abstimmung, die das **doppelte Mehr** von Volk und Ständen erfordert, staatsrechtlich geboten.



BELEG

Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser (Universität Zürich) argumentiert, dass die Übertragung von Souveränitätsrechten eine Verfassungsänderung darstellt.



SVP-ARGUMENT

Die institutionelle Anbindung an die EU untergräbt die Schweizer Neutralität.



KONKRETES BEISPIEL

Die Schweiz übernahm 2022 die EU-Sanktionen gegen Russland – ein Bruch mit der traditionellen Neutralitätspraxis. Dies geschah unter politischem Druck, nicht aus eigener Überzeugung.



GEGENARGUMENT

Die Neutralität ist nicht Teil der Verträge und bleibt gewahrt.



SVP-REPLIK

Eine enge institutionelle und rechtliche Anbindung an die EU schränkt den **aussenpolitischen Handlungsspielraum** der Schweiz ein.



BELEG

Eine institutionelle Anbindung an die EU macht es schwieriger, in künftigen Konflikten eine eigenständige Position einzunehmen.



SVP-ARGUMENT

Der Vertrag führt zu einer Zentralisierung von Kompetenzen und schwächt den Föderalismus.



KONKRETES BEISPIEL

Die EU-Beihilferegeln könnten kantonale Steuervergünstigungen für Unternehmen (z.B. in Zug oder Schwyz) als unzulässige Subventionen qualifizieren.



GEGENARGUMENT

Die Kantone wurden in die Verhandlungen einbezogen.



SVP-REPLIK

Der Vertrag greift in **zentrale kantonale Kompetenzen** ein, insbesondere im Bereich der staatlichen Beihilfen und im Vollzug von EU-Recht.



BELEG

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) forderte explizit die Wahrung der kantonalen Kompetenzen – ohne Erfolg.



SVP-ARGUMENT

Das Verbot staatlicher Beihilfen gefährdet die Standortförderung und die Kantonalbanken.



KONKRETES BEISPIEL

Die kantonalen Gebäudeversicherungen (z.B. GVB, AGV) sind Monopole. Nach EU-Beihilferecht müssten diese für private Wettbewerber geöffnet werden, was die Solidargemeinschaft gefährdet.



GEGENARGUMENT

Die Regeln gelten nur für spezifische Sektoren und schaffen gleiche Wettbewerbsbedingungen.



SVP-REPLIK

Die Einführung eines EU-konformen Beihilferegimes schafft einen **Präzedenzfall**. Es ist absehbar, dass die EU auf eine Ausweitung des Geltungsbereichs drängen wird.



BELEG

Die EU hat bereits bei der Postfinance auf die Abschaffung der Staatsgarantie gedrängt. Ein Präzedenzfall für alle Kantonalbanken.



SVP-ARGUMENT

Die Alternative ist die Weiterführung des bilateralen Wegs und die Stärkung des globalen Freihandels.



KONKRETES BEISPIEL

Die Schweiz hat Freihandelsabkommen mit über 40 Ländern ausserhalb der EU, darunter China, Japan und Grossbritannien. Der Handel mit Nicht-EU-Staaten wächst schneller.



GEGENARGUMENT

Ohne das Abkommen droht eine Erosion der bilateralen Verträge.



SVP-REPLIK

Die Schweiz hat grosses Interesse an einem **diversifizierten Netz** von Freihandelsabkommen. Eine einseitige institutionelle Anbindung an die EU ist nicht die einzige Option.



BELEG

Grossbritannien zeigt, dass ein Land auch ohne institutionelle EU-Anbindung wirtschaftlich erfolgreich sein kann (Trade and Cooperation Agreement).



SVP-ARGUMENT

In der Summe ist das Paket ein Unterwerfungsvertrag, der die Schweiz zu einer EU-Kolonie macht.



KONKRETES BEISPIEL

Das Vertragspaket umfasst 8 Abkommen, 2228 Seiten Vertragstext, 20'897 Seiten Verordnungen und verpflichtet die Schweiz zu jährlichen Milliardenzahlungen.



GEGENARGUMENT

Das Paket ist ein ausgewogener Kompromiss, der die Beziehungen zur EU sichert.



SVP-REPLIK

Die Summe der vertraglichen Verpflichtungen führt zu einem **qualitativen Wandel** in der Beziehung zur EU, der die Unabhängigkeit der Schweiz fundamental in Frage stellt.



BELEG

Die Kombination aus dynamischer Rechtsübernahme, EuGH-Bindung und Sanktionsmechanismus ist in keinem anderen Drittstaat-Abkommen der EU zu finden.

WAS KANNST **DU** TUN FÜR EIN NEIN?



INFORMIERT BLEIBEN



**MIT BEKANNTEN UND
FREUNDEN DISKUTIEREN**



**VERANSTALTUNGEN
ORGANISIEREN**



LESERBRIEFE SCHREIBEN

Engagiere dich jetzt für eine freie und unabhängige Schweiz.